

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, einschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich, Zeitungserzeichnis unter 'Zeitung' eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, 'Zeitung' gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

# Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeilen oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen a. händliche Anzeigenvermittlung. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsleiter: Halle, Neue Promenade 19, Dr. Bauhausstr. 17. Adress-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 376.

Halle, Sonnabend, den 13. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Aufhebung der Sanktionen?

### Neue Verschleppungsmannöver.

Die Vermutungen, die wir im Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe ausgesprochen haben, scheinen sich in der Tat zu bewahrheiten. Frankreich versucht durch seine Nachrichtentüben und Zeitungen die Welt von neuem irre zu führen, nachdem Briand eine unzweifelbare Niederlage im Duell mit Lloyd George erlitten hat. Hinter dem englischen Premierminister stehen tatsächlich Italien, Japan, vielleicht auch Belgien und — Amerika. Frankreich ist isoliert. Lloyd George ist bis zum letzten Augenblick unbeeindruckt geblieben, aus Gründen, die wir an dieser Stelle schon wiederholt angebeutet haben. Er weiß auch, daß er nicht nur die absolute Mehrheit des Obersten Rates hinter sich hat, sondern daß auch im Völkerbundsrat die Mehrheit sich auf seine Seite stellen wird, weil nur Frankreich eine Vinde des Haßes und der Vernichtungswut vor den Augen hat und darum keine Gefolgschaft bei den anderen Völkern finden wird. Lloyd George hat aber in einem Reihe unbegreiflichen Anfall von Nachsicht noch eine letzte Konzession gemacht und vorgeschlagen, ein Gutachten des Völkerbundsrates einzuholen, in der sicheren Erwartung natürlich, daß dieses Gutachten gar nicht anders ausfallen kann, als im Sinne der gerechten Lösung, wie sie von der absoluten Mehrheit des Obersten Rates schon jetzt gebilligt wird. An ein schiedsrichterliches Verfahren durch den Völkerbund selbst hat er dabei wohl kaum gedacht, hat er doch selbst stets auf schnellste Lösung gedrungen, da sonst eine Katastrophe in Oberschlesien zu befürchten ist.

Aus dieser Betrachtung des Völkerbundsrates haben die französischen Nachrichtenbüros, sicher auf höhere Weisung, einen Appell an den Völkerbund selbst gemacht. Wie auch immer wieder der Versuch, zugunsten Frankreichs zu fälschen. Für die französischen Staatsmänner gilt es einzig und allein, Zeit zu gewinnen, um ihre Intrigen weiter auszuwickeln lassen zu können, um Tatsachen zu schaffen, denen sich der Oberste Rat und — der Völkerbund beugen müßte. Ob Lloyd George daran gedacht hat? Möglich wäre es schon, hat er doch den englischen Lord Curzon in Paris zurückgelassen, der dem jugendlichen Briand so leicht nicht ins Garn geht. Die Verzögerung, welche die oberösterreichische Angelegenheit auf diese Weise erfährt, ist außerordentlich zu bedauern, denn die Angelegenheit in dem bedrohten Landesteil ist bis hart an die Grenze des Erträglichsten gesteigert und die Gefahr eines politischen Gewaltstreikes ist in unmittelbare Nähe gerückt. Ob es nicht zur Explosion kommt, die ja für morgen schon an die Wand gemalt worden ist, läßt sich nicht sagen. Vielleicht wird die Gefahr beschworen durch die Verständigungssatzung, die zwischen den polnischen und deutschen Parteien in Oberschlesien in die Wege geleitet ist. Vielleicht! Ein Angriff für das ganze oberösterreichische Volk wäre es jedenfalls, wenn jetzt mitten in der Erntezeit der Funke des Bürgerkrieges von neuem in die Massen geschleudert würde. Es gibt augenblicklich für alle Beteiligten keinen anderen Weg, als sich noch in Geduld zu fassen und daran zu denken, daß die Karte Reizis, die sich jetzt in Paris entwickelt hat, eine Bedeutung hat, die weit hinausgeht über das Problem Oberschlesien. Unser Recht auf und in Oberschlesien ist durch die Abtötung auf Grund des Friedensvertrages so einwandfrei festgelegt und durch die Erklärungen Lloyd Georges sowie der italienischen und japanischen Vertreter beim Obersten Rat bestätigt, daß es nicht mehr umgestoßen werden kann und auch der Prüfung durch den Völkerbundsrat standhalten wird.

Der Appell an den Völkerbundsrat hat aber vielleicht noch eine andere, tiefergehende Bedeutung. Vorgesert sind die Einladungen Harding's für die sogenannte Abrüstungskonferenz herausgegangen, und gestern konnten die Entente-Männer in der Einladung lesen, daß das Ziel dieser Abrüstungskonferenz nicht mehr und nicht weniger ist als die Schaffung eines neuen Bundes der Nationen zur — Revision des Versailler Friedensvertrages. Frankreich klammert sich aber an diesen Schandvertrag und an den darin vorgesehenen Völkerbund, dieses Instrument übermütigen Siegerwillens, geschaffen im ersten Laufe des Erfolges, ohne Rücksicht auf die Zukunft der Welt, nur zur Verteidigung des französischen Rache- und Machtgelüsts. Wir glauben, daß hier innere Zusammenhänge zu suchen sind, die gerade wir Deutsche nicht unterschätzen sollten. Wir täten Klug daran, die ganze Angelegenheit einmal nicht allein aus den beengten eigenen Interessen unseres Volkes heraus zu betrachten, sondern von einer höheren Warte der Weltpolitik. Vielleicht wird wir der Lösung der Weltkrise näher, als wir glauben, nachdem man bei den anderen Völkern den eigentlichen Strebenfried zu erkennen und — zu isolieren beginnt. Wir allein sind ohnmächtig, und alle unsere Proteste, all unser quere Wille zur Erfüllung nicht uns gar nichts. Wenn die Gerechtigkeit in der Welt nicht

siegt, sind wir so oder so verloren. Nur die Niederdrückung der französischen Rache- und Machtpolitik durch Frankreichs eigene Bundesgenossen kann uns retten. Inzwischen müssen wir ein einziges Volk von Brüdern sein, jeden Parteizwist, jede Nörgelerei unterdrücken und als starke vaterländische Gemeinschaft und in Geduld die harte Prüfungszeit überleben.

### Der Antrag an den Völkerbund.

Briand hat als Vertreter des Obersten Rates gestern abend den geschäftsführenden Präsidenten des Völkerbundsrates Nicomte Zihit von der einstimmig vom Obersten Rat gefassten Entschließung verständigt, die in Rücksicht des Völkerbundsrates über den Verlauf der Grenz zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien einzuholen. Es hat gleichzeitig, dringend den Völkerbund einzuberufen.

### Die Abreise Lloyd Georges.

Lloyd George hat den Quai d'Orsay gestern um 11 1/2 Uhr verlassen und ist vom Nordbahnhof um 12 Uhr abgereist. Er ist am Freitag abend in London eingetroffen und hat für Sonnabend vormittag 11 Uhr eine Kabinettsitzung einberufen. Lord Curzon und die übrigen Vertreter Englands kehren am Sonntag aus Paris zurück.

### Ergänzungen zu den Erklärungen Lloyd Georges.

Aus der von Lloyd George in der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rates, in der die Ueberweisung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbund beschlossen wurde, gehaltenen Rede sind noch folgende Ausführungen hervorzuheben:

England habe die Zugeständnisse in der Hoffnung gemacht, eine Verständigung zu erzielen. Der Völkerbund dürfe sich nicht durch die bis jetzt vorgeschrittenen Vorläufe gebunden fühlen, er müsse die Frage von neuem in ihrem ganzen Umfange untersuchen, ohne sich um die frühere Verhandlung zu kümmern. Es sei Voraussetzung, daß die Mächte die vom Völkerbund getroffene Entscheidung ohne Vorbehalt annehmen. Der Völkerbund werde gebeten, die Prüfung der Frage sofort aufzunehmen. Es werde ihm freigestellt, ein beliebiges Verfahren zu wählen, und er könne entweder einen internationalen Gerichtshof oder auch einen Ausschuss von Juristen von internationaler Art bilden. Die Mächte müßten auch der Lage in Oberschlesien selbst Rechnung tragen. Wenn es für angebracht gehalten werde, alliierte Truppen ins Abtötungsgebiet zu schicken, so werde England sich an der Abwendung der Verwicklungen in demselben Verhältnis beteiligen wie die anderen Mächte.

Zweifellos liegt ein englischer Sieg auf der ganzen Linie vor, und die Stimmen im Rat des Völkerbunds, in dem augenblicklich Belgien durch Spaniens, Brasilien durch die USA, China durch Rußland, Spanien durch die USA, Frankreich durch Spanien (in Vertretung von Leon Bourgeois), Groß-Britannien durch Fisher, Italien durch D'Annunzio und Japan durch Zihit vertreten sind, dürften geteilt sein, wenn es zur Abstimmung kommt. Im übrigen stellt eine halbamtliche Quelle schon jetzt fest, daß der Völkerbund nicht das Recht habe, Grenzen festzusetzen, da diese Aufgabe den Mächten zustehe, sondern, daß er lediglich einen Ratsschlag erteilen kann."

### Die heutige Sitzung des Obersten Rates.

Der Oberste Rat wird seine Arbeiten heute beenden. In der Vormittagsitzung wird er die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen regeln sowie die Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen. Die in Paris zurückgebliebenen britischen Delegierten werden am Sonntag nach England zurückkehren.

### Die Aufhebung der Sanktionen bevorstehend?

Der "Corriere della Sera" meldet aus Paris: Die alliierte Rheinankommision hat sich gutachtlich für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen.

### Deutsch-polnische Verständigung in Oberschlesien.

Kattowitz, 12. August. (Stahmeldeung.) Mahgebende Vertreter der deutschen und der polnischen Parteien haben auf eine Einladung der letzteren am Freitag die Möglichkeiten erörtern, auf das oberösterreichische Volk einzuwirken, um die tiefschmerzlichen Auswüchse der letzten Zeit zu beseitigen und insbesondere die Besetzung des Volkes im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung zu erreichen. In den nächsten Tagen werden beide Parteien einen entsprechenden Aufruf veröffentlichen.

### Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund?

Der Pariser Beschluß, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zur Entscheidung zu übergeben, bedeutet nach Ansicht heutiger informierter Kreise den ersten praktischen Schritt zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die Statuten des Bundes bestimmen, daß in einem Falle wie dem vorliegenden, wo die Angelegenheit eines Mitgliedlandes dem Entschluß des Völkerbunds zur Entscheidung überlassen wird, der betreffende Staat angefordert werden muß, sich für den aktuellen Fall den Pflichten der Mitgliedschaft zu unterwerfen. Dieser Fall liegt für Deutschland vor. Es ist klar, daß Deutschland sich diesen Verpflichtungen nicht entziehen wird, schon um seinen guten Willen gegenüber den Bestimmungen des Völkerbunds und seiner Statuten zu zeigen. Es wird daher als nicht unwahrscheinlich angesehen, daß gerade die Entscheidung über Oberschlesien Deutschland den Weg zur Mitgliedschaft des Völkerbunds ebnet wird.

### Italien für Einschränkung der Besatzung.

Zur Ermöglichung größerer deutscher Zahlungen hat die italienische Regierung die Pariser Konferenz, wie die "Zeit. Ztg." aus Rom meldet, die Besatzung möglichst einzuschränken, so daß die Jahresausgaben dafür einschließlich der Kosten für die Reparationskommission 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen. Außerdem beantragt Italien von den deutschen 132 Milliarden Goldmark außer den vertraglichen 10 Prozent, noch eine besondere Milliarde in Scheinen der dritten Kategorie als Entschädigung für den Ausfall der österreichischen Leistungen.

### Polnischer Schwindel.

Das in Berlin erscheinende polnische Blatt "Dzennik Berlinski" hat aus der in Dromowo erscheinenden polnischen Zeitung "Gonia Maradowy" einen Artikel mit dem Titel "Deutsche Brutalität in Breslau" übernommen, in dem die Rede von Ueberfüllung der Breslauer Gefängnisse mit Polen und deren Mißhandlung, sowie von Verfolgungen der polnischen Sprache und von Manifestationen ist, bei der die wütende Menge unter dem Rufe "Nieder mit Polen!" eine magere Kuh mit der Aufschrift "Polen" und einen halbverreckten Ochsen mit der Aufschrift "Konstant" durch die Straßen Breslaus geführt habe. Der Breslauer Polizeipräsident hat nunmehr in einer dem Blatte zugesandten Berichtigung festgestellt, daß alle diese Behauptungen auf Unwahrheit beruhen. Verfolgungen der polnischen Sprache haben überhaupt nicht stattgefunden und, wenn sich Polen in Breslauer Gefängnissen befinden, so ist dies auf von ihnen begangene Straftaten zurückzuführen. Diesen Gefangenen wird, wie allen anderen, die gesetzlich vorgeschriebene Behandlung zuteil. Ferner wird festgestellt, daß bei einem drei Wochen vor der schließlichen Abtötung stattgefundenen Umzug eine Kuh im Zuge mitgeführt wurde, die die Aufschrift trug: "Das ist die Kuh von Korlantz, wer daran glaubt, ist ein Dösi!"

### Die Verhandlungen der Finanzkonferenz.

Die Pariser Finanzkonferenz hatte gestern auch die Frage der Bedingungen zu prüfen, unter denen eine Lösung gefunden werden könnte, im Falle die Reparationskommission nicht die Einmütigkeit erzielen könnte, die im § 13 des Anhangs 2, Teil 8, des Versailler Vertrages verlangt wird.

Ferner wurde beschlossen, dem Obersten Rat einen Antrag vorzulegen betreffs der Besatzungskosten nach dem 1. Mai 1921. In allen diesen Fragen wurde eine prinzipielle Uebereinstimmung erzielt. Der Redaktionsausdruck wurde beauftragt, den Wortlaut der betreffenden Anträge im Laufe der Nacht fertigzustellen, um der Konferenz zu gestatten, im Laufe des heutigen Tages die Frage zu statuieren.

Sapard fügt diesem Bericht hinzu, daß betreffs der von Deutschland ausgehenden Schatzbonds die Konferenz der Reparationskommission die Empfehlung zugehen ließ, die Frage der Uebertragung der Devisen durch eine aus Vertretern der Emittentenbanken der interessierten Länder zusammengesetzten Ausschuss verhandeln zu lassen.

Der Wirtschaftsausschuss der internationalen Finanzkonferenz trat gestern Vormittag wieder zusammen, um die Frage der Abschätzung per 8. Mai und die Rückvergütung der Besatzungskosten sowie die Frage der belgischen Priorität und die Regelung der belgischen Kriegsschulden zu besprechen.

Um 5 Uhr nachmittags wurde eine Vollversammlung abgehalten, bei der die Konferenz im Laufe des Vormittags von der Besatzungskonferenz zugegangenen Vorläufe betreffs der Besetzung der Besatzungskosten durch die österreichischen Nachfolgestaaten" vorgelegt wurde. Die Prüfung dieser Frage wurde an einen Ausschuss verwiesen, der beauftragt wurde, der Konferenz für die morgige Sitzung einen Bericht vorzulegen.

### Beratungen in Berlin.

Nach der D. Allg. Ztg. wurde für heute vormittag eine Sitzung des Reichskabinetts anberaumt. Für das Zusammenrufen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist dem Blatte

